

03. März 2026

SPÖ: Ein starkes Gesundheitssystem für Oberösterreich

SP-Landesparteivorsitzender Winkler und Gesundheitssprecher Binder unterstützen Reformkurs von Ministerin Schumann

„Unser gemeinsames Ziel ist ein Gesundheitssystem, das für alle funktioniert, unabhängig vom Geldbörserl oder von der Herkunft. Genau diesen Weg schlägt Gesundheitsministerin Korinna Schumann ein, und das unterstützen wir ausdrücklich“, erklären SPÖ-Landesparteivorsitzender Martin Winkler und Gesundheitssprecher Peter Binder unisono.

Die Maßnahmen des Bundes stärken eine Gesundheitsversorgung für alle: Jährlich 500 Mio. Euro fließen in Primärversorgung, Prävention und Vorsorge. Mehr Kassenstellen, klare Regeln für Wahlärzte und transparente Honorare schaffen Fairness. Patientinnen und Patienten sollen vorab wissen, welche Kosten entstehen.

SP-Chef Winkler betont: „Es braucht Klarheit: das heißt eindeutige Preisspannen und faire Honorarregeln. Vor allem brauchen wir mehr Kassenärztinnen und Kassenärzte, damit alle rasch versorgt werden.“

SP-Gesundheitssprecher Peter Binder: Schwarz-Blau schwächt OÖ

Während auf Bundesebene gearbeitet werde, fehle der schwarz-blaue Stillstandsregierung der Reformwille: „Die von Schwarz-Blau verantwortete Kassenfusion hat unserem Bundesland rund 500 Mio. Euro an Rücklagen gekostet. Gleichzeitig haben wir die geringste Dichte an Kassenarztstellen im Bundesgebiet“, so Peter Binder, Gesundheitssprecher der SPÖ Oberösterreich. Binder kritisiert die FPÖ deutlich: „Statt Verantwortung zu übernehmen, lenkt die Faktenverdrehherpartei von den eigenen Verfehlungen ab, zeigt mit dem Finger auf Bevölkerungsgruppen, die rein gar nichts dafürkönnen und fantasiert über eine zweite Gesundheitskasse, anstatt die Versorgung konkret zu verbessern zu wollen.“

150 zusätzliche Kassenarztstellen und Rückholung der oö. Gebietskrankenkasse, wenn nötig mit Volksbegehren

Winkler fordert daher 150 zusätzliche Kassenarztstellen sowie eine Neuverhandlung des Regionalen Strukturplans Gesundheit. „Wenn Gesundheitsreferentin Haberlander nicht bald die Arbeit aufnimmt, werden wir die Versicherten direkt einbinden. Wir fordern 150 zusätzliche Kassenstellen und die Rückgabe der Kasse an die oberösterreichischen Versicherten. Sie finanzieren die Kasse mit ihren Beiträgen, sie sollten auch die Mehrheit in der Kasse haben und bestimmen dürfen. Ein Volksbegehren ist ein demokratischer Weg, um die Interessen der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher durchzusetzen“, so Winkler abschließend.

Rückfragen: Sabrina Weiermair, 0676/427 3847, sabrina.weiermair@spoe.at